

Geringe Hoffnungen auf eine Überwindung der politischen Krise

von Ahmed Fazl

Vertreter der Regierung und der Opposition haben vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Probleme und einer zugrunde gehenden demokratischen Ordnung einen neuerlichen Versuch unternommen, den sich hinziehenden politischen Konflikt um eine neutrale Übergangsregierung zu beenden.

Die Spitzenpolitiker der regierenden 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und der größten Oppositionspartei des Landes, die 'Awami League' (AL), versuchen ihre Meinungsverschiedenheiten in der Frage, unter welchen Umständen zukünftige Parlamentswahlen abgehalten werden sollen, beizulegen. Beide Seiten sind überein gekommen, daß Premierministerin Begum Khaleda Zia und ihr Kabinett zum Zeitpunkt der Wahlen, die für Februar 1996 vorgesehen sind, nicht mehr im Amt sein sollen. Ungelöst ist weiterhin die Frage nach der Zusammensetzung der Interimsregierung. Die BNP schlägt den jetzigen Präsidenten des Landes, Abdur Rahman Biswas, als Übergangspremier vor. Sein Kabinett soll sich zu gleichen Teilen aus BNP Persönlichkeiten und aus solchen der Opposition zusammensetzen. Die von der AL angeführte Opposition setzt dagegen auf einen unparteiischen Premier, ein Richter des Obersten Gerichts ist im Gespräch, und ein ebenso unparteiisches, aus nationalen Persönlichkeiten zusammengesetztes Kabinett.

Politische Beobachter erachten die Differenzen für nicht substantiell und erwarten ein "Gipfeltreffen" zwischen Khaleda Zia und ihrer Widersacherin, das ist AL-Parteichefin Sheikh Hasina. Beide haben ihre politische Macht geerbt. Die Popularität, das sowohl der Staatsgründer Mujibur Rahman, Vater Sheikh Hasinas, und General Ziaur Rahman, ebenfalls ermordeter Ehemann Khaleda Zias, genossen, wurde von beiden Frauen dazu benutzt, ihre Parteien "auf Linie zu bringen". Entscheidungen innerhalb der beiden Parteien werden nicht demokratisch gefällt, sondern von den beiden "Ladies" faktisch verordnet. Politische Beobachter sehen in diesem Mangel an innerparteilicher Demokratie ein wesentliches Entwicklungshemmnis für die demokratische Ordnung in Bangladesh und eine Hürde, deren Überwindung Voraussetzung zur Lösung des politischen Konflikts sein dürfte.

Hoffnungen auf ein baldiges Gipfeltreffen wurden am 23. Februar geweckt, als Khaleda Zia in einer Parlamentsansprache ihre Bereitschaft betonte, an einem solchen Treffen teilzunehmen. Seither ist jedoch nichts passiert.

Viele sehen in der persönlichen Feind-

schaft der beiden Frauen (siehe dazu auch 'Südasiens' 8/94) den Grund für fehlende Initiativen. In den vier Jahren der Demokratie gab es kein einziges offizielles Treffen zwischen ihnen. Je nach Sympathie wird die eine oder die andere hierfür verantwortlich gemacht. "Begum Zia dachte, sie könne die Regierungsgeschäfte in einer Demokratie unter Umgehung der Opposition führen", meint der Anwalt Amirul Islam. Andere bezichtigen Sheikh Hasina der politischen Starrköpfigkeit. Beide Meinungen mögen erklären, warum bislang keine Lösung erreicht worden ist. Viele glauben, daß frühzeitige Neuwahlen, wie von der Opposition gefordert, helfen könnten, die angeschlagene Demokratie wieder flottzumachen und das öffentliche Vertrauen in das parlamentarische System wiederherzustellen.

Feststeht, daß die Opposition, neben der AL ist dies vor allem die 'Jatiya Party' und die 'Jamaat-i-Islami', nur unter einer neutralen Übergangsregierung an den Parlamentswahlen teilnehmen wird. Dies ist jedoch notwendig, sollen die Wahlen demokratischen Regeln entsprechen und soll verhindert werden, daß das Land im Chaos versinkt.

Die BNP leidet infolge steigender Reis- und Düngemittelpreise an einem beträchtlichen Popularitätsschwund. Je näher die Wahl rückt, desto stärker wird auch der Druck auf die BNP, in der Frage einer neutralen Übergangsregierung zu einer Übereinkunft zu kommen, um nicht noch auf diesem Terrain letzte Sympathien bei der Bevölkerung zu verlieren.

Es wundert daher nicht, daß führende Politiker der BNP bereits ihre Fühler in Richtung AL ausstrecken und an einem baldigen Gipfeltreffen interessiert sind. Dies gilt auch für Kreise innerhalb der AL. Beobachter glauben, daß eine öffentliche Erklärung Khaleda Zias, wonach sie einen Monat vor den Parlamentswahlen zurücktreten wird, den Einigungsprozeß in Gang setzen könnte.

Suronjit Sengupta, ein dem linken Flügel der Opposition angehörender Abgeordneter, steht jedoch mit seiner Meinung nicht allein, wenn er davon ausgeht, daß der Konflikt nur auf der Straße beendet werden kann. Gewalttätige Aus-

einandersetzungen häufen sich. Bei einem Generalstreik der Opposition in Dhaka am zwölften und 13. März wurden 300 Menschen verletzt. Am 28. März lieferten sich Polizei und Demonstranten heftige Gefechte in der Hauptstadt. Gummigeschosse und Tränengas wurden gegen steinwerfende Anhänger der Opposition eingesetzt. Das öffentliche Leben kam zum Stillstand. Politische Beobachter glauben an eine Zunahme der Auseinandersetzungen in den kommenden Monaten.

Die Wirtschaft Bangladeshs ist besonders stark von der politischen Krise betroffen. Wachstumsziele werden nicht erreicht, ökonomische Reformen kommen nicht voran. Die Weltbank hat die Regierung bereits gerügt. Diese verweist lediglich auf die gegenwärtige politische Situation und gibt der Opposition die Schuld.

Klar ist, daß die Initiative zur Überwindung der Krise von der Regierung ausgehen muß. "Nur die Premierministerin kann Bewegung in die festgefahrene Situation bringen", meint Fayaz Ahmad, ein führender Zeitungskolumnist. Khaleda Zia hat bislang nur ihre prinzipielle Gesprächsbereitschaft erklärt, ohne einen Zeitpunkt zu nennen.

Ahmad kritisiert die faktische Abwesenheit der Premierministerin im Nationalparlament. Ihr Fernbleiben und das damit verbundene Fehlen eines direkten Schlagabtausches hat das parlamentarische System, das erst 1992 wieder durch eine Verfassungsänderung eingeführt wurde, geschwächt, so Ahmad.

Nachdem die BNP bereits seit März 1994 allein im Parlament saß und dort Gesetze unter Ausschluß der Opposition beschloß, erschütterte der Rücktritt von 147 Oppositionspolitikern am 28. Dezember die Legitimität der Legislative vollends.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob Bangladesh in eine neue Phase der politischen Instabilität hineinschlittert oder einen Weg in Richtung tragfähiger Demokratie finden wird. Die politische Zukunft des Landes hängt davon ab, ob die beiden großen Parteien, die BNP und die AL, beziehungsweise ihre beiden Anführerinnen eine konstruktive Rolle bei der Überwindung der Krise spielen wollen.